

Schweiz

Gemeinsam. Mit Ausnahme der SVP warnen alle grossen Parteien vor einem Ja zur Durchsetzungs-Initiative am 28. Februar. **Seite 4**

International

Viele Feinde. Englands Premier Cameron gibt den EU-Hassern im eigenen Haus nach. **Seite 8**

Viel Kritik. Die EU wirft der Türkei vor, zu wenig gegen die hohe Flüchtlingszahl zu unternehmen. **Seite 8**

Wirtschaft

Rüstig. Die 100-jährige Reinacher Handels- und Produktionsgruppe Haecy will ein Familienunternehmen bleiben. **Seite 11**

Kultur

Historisch bedeutend. «Die Manns»: Eine lesenswerte neue Biografie beleuchtet den Clan um den grossen Schriftsteller Thomas Mann. **Seite 15**

Basel

Initiative. Linke verstehen nicht, dass das Gewerbe die Städte-Initiative aus dem Gesetz streichen will. **Seite 20**

Abstimmung. Riehen stimmt zum dritten Mal über sein Datennetz ab. Sieben Parteien sagen Ja. **Seite 20**

Grünzone. Der Liestaler Stadtrat will entlang der Rheinstrasse keine neue Bauzone einrichten. **Seite 24**

Sport

Notnagel. Mohamed Elneny wird bei seinem neuen Arbeitgeber Arsenal FC dringend gebraucht. **Seite 36**

Mobil

Neuheiten. Die Autohersteller locken auch 2016 mit neuen SUV-Varianten in allen Klassen, faszinierenden Sportwagen und Versicherern, die «grüne Welle» neu zu beleben. **Seite 27**

Wetter

Region. Der Tag verläuft mehrheitlich stark bewölkt. Dazu gehen von Zeit zu Zeit Regenschauer nieder, die Schneefallgrenze befindet sich zwischen 600 und 900 Metern. **Seite 33**



ANZEIGE

Stiefvater Hier beginnen Ihre Ferien!
— 1972 —
URLAUB INS GLÜCK! GELD ZURÜCK!

URLAUB BUCHEN UND BIS ZU 10.000 € REISEPREIS ZURÜCKGEWINNEN!

AKTION GILT BEI BUCHUNG IM JANUARI

www.reisebuero-stiefvater.de

Die Schweiz ist Deutschland voraus

Nach Köln fordern deutsche Politiker schärfere Sanktionen gegen kriminelle Asylbewerber

Von Beni Gafner und Benedict Neff

Köln. Die deutschen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD wollen nach den Übergriffen an Silvester in Köln rasch schärfere Sanktionen für Straftaten von Asylbewerbern auf den Weg bringen. SPD-Chef Sigmar Gabriel etwa forderte am Wochenende die Ausweisung bei sexueller Nötigung.

Nach den Beschlüssen der CDU soll straffälligen Flüchtlingen schon bei der Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe der Schutzstatus in Deutschland verweigert werden. Täter müssten «die

Härte des Gesetzes auch spüren», sagte Bundeskanzlerin und CDU-Parteichefin Angela Merkel nach ihrer Klausur in Mainz vom vergangenen Wochenende.

«Wir müssen dem mit aller Entschiedenheit entgegenreten», sagte sie weiter, denn sie glaube nicht, «dass es nur Einzelfälle sind». Auch der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte an: Wer schwere Straftaten begehe, «der muss damit rechnen, aus Deutschland abgeschoben zu werden». In der CDU ist von «Zeitenwende» und «Paukenschlag» die Rede. Köln habe alles verändert, die Menschen

zweifeln an der Politik, ist etwa Guido Wolf von der CDU überzeugt.

Was aus dem Blickwinkel der Schweiz auffällt: Vieles, was deutsche Politiker derzeit diskutieren, hat die Schweiz bereits umgesetzt. Es zeigt sich, dass der in der Schweiz seit Jahren anhaltende politische Krach über die Verschärfungen des Asylgesetzes der Schweiz einen Vorsprung gegenüber Deutschland verschafft hat. Deutschland holt nach, was die Schweiz schon bestimmt hat: Straffällige Asylbewerber können in Deutschland bislang nur dann ausgewiesen werden, wenn sie

rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von über drei Jahren verurteilt wurden.

Wegen der sexuellen Übergriffe in Köln sind bei der Polizei mehr als 500 Anzeigen eingegangen. Wie viele Verurteilungen es geben werde, sei ungewiss, sagte Ralf Jäger, Innenminister von Nordrhein-Westfalen.

Am Sonntag haben in Köln rechte Schläger willkürlich männliche Ausländer verprügelt. Die Polizei sprach gestern von «fremdenfeindlichen Straftaten». Die deutsche Regierung reagierte empört und warnte vor ausländerfeindlicher Hetze. **Seite 2**

Versicherungen waren fingiert

Makler gibt Einblick in dubiose Krankenkassengeschäfte

Muttunz. «Produzieren» – so nennen Vermittler von Krankenkassenversicherungen das dicke Geschäft mit Vertragsabschlüssen. Vor dem Strafgericht in Muttunz hat ein 40-jähriger Bosnier, der sich wegen Betrugs und Urkundenfälschung in 102 Fällen verantworten muss, erklärt, wie er auf «Verkauf-komm-raus» getrimmt worden sei und selbst im Wissen der betroffenen Krankenkasse schwarze Vermittler-Schafe als Untervermittler hätte anstellen dürfen.

In ihrer offensiven Wachstumsstrategie im Jahr 2012 hat die betroffene Kasse Gruppe Mutuel offenbar ihre Unter- und Untervermittler an der Kundenfront weder gekannt noch geschult, wie sich vor Gericht zeigte.

Wäre der Kasse nicht ein Fehler bei der Registrierung der Adressen ihrer Neukunden unterlaufen, hätte das System, das sich der Beschuldigte ausgedacht hat, über ein halbes Jahr funktionieren können. Bis die ersten Reklamationen wegen falscher Prämienrechnungen von Neuversicherten eingetroffen wären. Aber dann wären Boni, die schon bloss während eines Monats auf über 50 000 Franken steigen konnten, ausbezahlt gewesen. Die Firma des Beschuldigten befindet sich in Liquidation. **wah Seite 19**

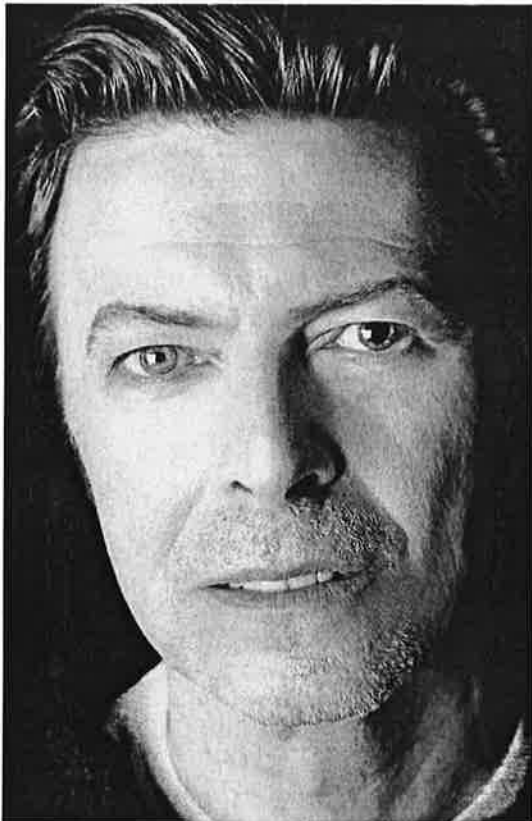
Sean Penn spielt mit dem Feuer

Gefährliches Treffen mit dem Drogenboss El Chapo

Los Angeles. Er ist als eigenständiger Denker, als mutige Stimme bekannt, Sean Penn. Der 55-jährige Schauspieler, der schon zwei Mal einen Oscar entgegennehmen durfte, ist eine schillernde Persönlichkeit. In der jüngsten Ausgabe des angesehenen Magazins Rolling Stone veröffentlicht er eine grosse, recht spannende Reportage über Joaquín Guzmán, bekannt unter dem Spitznamen El Chapo. Er ist der gefürchtetste Drogenboss der Welt. Der Mexikaner aus der Provinz Sinaloa kontrolliert über die Hälfte aller der illegalen Substanzen, die in die USA fließen. Sein Kartell ist weltweit tätig, wie er auch Penn gegenüber unterstreicht. Auf Guzmáns Geheiss haben schon Hunderte Menschen ihr Leben verloren.

Von der Aufmerksamkeit Penns und ihm im Hollywoods fühlte er sich offenbar geschmeichelt. Doch möglicherweise hat ein persönliches Treffen von Sean Penn und Joaquín Guzmán dazu beigetragen, dass man des Drogenbarons, der Mitte Juli auf spektakuläre Art und Weise aus einem Hochsicherheitsgefängnis entkam, am Freitag wieder habhaft werden konnte. Sollte Guzmán nun den Verdacht haben, Penn habe ihn verraten, droht dem Schauspieler wohl grösste Gefahr. **mw Seite 13**

Der letzte echte Rockstar



David Bowie erliegt Krebsleiden. Es gibt noch andere Grosse – Mick Jagger, Paul McCartney, Bob Dylan, Eric Clapton –, aber sie alle sind nur noch, verwalten ihr Erbe, während sich David Bowie immer wieder neu erfand. Sein letztes Album «Blackstar», das just an seinem 69. Geburtstag am 8. Januar erschien, führte bei Medien und Fans zu euphorischen Reaktionen. Zeitlebens hatte der englische Sänger, Songwriter und Produzent Stile geprägt und Trends vorweggenommen. Am Sonntag ist David Bowie einem Krebsleiden erlegen. **mit Foto Keynote Seite 3**

Stromliberalisierung wird gestoppt

Bundesrätin Doris Leuthard befürchtet riesige Verluste für die Energieversorger

Von Kurt Tschan

Bern. Schlechte Nachrichten für die Schweizer Haushalte. Sie dürfen über ihre Stromrechnung auch in Zukunft Milliarden für die Subventionierung von erneuerbarer Energie bezahlen und werden ihren Stromanbieter auf unbestimmte Zeit aber nicht frei wählen können. Bundesrätin Doris Leuthard hat gestern ihr Versprechen gebrochen und die vollständige Liberalisierung des Strommarktes auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Diese war zuletzt für 2018 mehrfach angekündigt worden.

Erst wenn ein Stromabkommen mit der Europäischen Union ratifiziert sei, soll innerhalb eines Jahres auch der private Haushalt Wahlfreiheit erhalten. Dies sagte Leuthard gestern am Stromkongress in Bern. Bei gleicher Gelegenheit machte Florian Ermacora von der Generaldirektion Energie der Europäischen Union klar, dass ein solches Abkommen nicht auf der politischen Agenda stehe. Es gebe nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative nur technische Gespräche. Ermacora sagte, dass die EU eine Energieunion anstrebe und die Hoheit der Mit-

gliedsstaaten im Energiebereich in Zukunft durch einheitliche Standards brechen will.

Nach Ansicht von Leuthard würde eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes ohne Stromabkommen den Schweizer Elektrizitätsunternehmen jährliche Verluste in dreistelliger Millionenhöhe beschere, da die Konsumenten auf das günstige Angebot in Europa ausweichen würden. Dadurch würde die Wassorkraft weiter unter Druck geraten. Sie räumte aber auch ein, dass die Schweizer Wirtschaft eine weitere Marktöffnung wünsch. **Seite 9**

Messi ist Weltfussballer

Der Argentinier gewinnt die Wahl zum fünften Mal

Zürich. Acht Jahre ist es nun her, dass der Weltfussballer nicht Lionel Messi oder Cristiano Ronaldo heisst. Zum insgesamt fünften Mal nämlich wurde der argentinische «Zauberflo» Messi zum besten Fussballer der Welt gewählt. Der 28-jährige Stürmer des FC Barcelona gewann mit seinem Team in der letzten Saison das Triple aus Meisterschaft, Cup und Champions League und wurde folglich verdient im Zürcher Kongresshaus ausgezeichnet.

Hunderte von Fans standen sich bereits Stunden vor der Verleihung im Regen die Beine in den Bauch, um eine Prämie Messi oder einen Hauch Ronaldo zu erhaschen. Die Fifa-Gala versetzt das Zürcher Seebecken jedes Jahr in einen Ausnahmezustand. Und das, obwohl der Sieger am Ende immer Messi oder Ronaldo heisst. **ms Seite 35**

Aufklärung für Migranten

Saida Keller-Messahli begrüsst Kurse für junge Muslime

Basel. Die Übergriffe auf junge Frauen in Köln und Hamburg beschäftigen auch in der Schweiz die Gemüter. Die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker beispielsweise spricht sich für Aufklärungskurse für junge Migranten aus. Sie sollen lernen, dass Frauen in westlichen Kulturen Männern gleichgestellt sind und ein sexy Outfit noch lange keine Einladung zum Grapschen oder zu mehr ist.

Saida Keller-Messahli ist Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam und würde solche Kurse, wie es sie im Wallis und in Genf bereits gibt, begrüßen. Die jungen Männer, die derzeit als Asylsuchende in die Schweiz kommen, hätten häufig eine sehr geringe Achtung vor Frauen, sagt sie. Aufklärungsunterricht gäbe ihnen wenigstens die Möglichkeit, sich mit hiesigen Werten auseinanderzusetzen. **ni Seite 21**

Der Bund stoppt Stromliberalisierung

Haushalte werden auf absehbare Zeit ihren Energieversorger nicht frei wählen können

Von Kurt Tschan, Bern

Die vom Bundesrat bereits mehrfach versprochene und nachträglich wieder verschobene volle Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz wird es nicht geben. Bundesrätin Doris Leuthard begründete ihren Entscheid gestern in Bern damit, dass ein Stromabkommen mit der Europäischen Union (EU) auch in diesem Jahr nicht zustande kommen werde. Angesichts der unsicheren Situation würde eine Ausdehnung der Liberalisierung auf private Haushalte dazu führen, dass Konsumenten auf den billigsten Anbieter in Europa ausweichen und dadurch die einheimischen Produzenten weiter unter Druck geraten würden.

Bereits heute würden sich 70 Prozent der Schweizer Grosskunden mit Strom aus Europa versorgen. Es sei deshalb ein Akt der Vernunft, die vollständige Liberalisierung zu stoppen, sagte sie vor dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen.

Leuthard liegen nach eigenen Angaben konkrete Zahlen über allfällige Verluste der Schweizer Energieversorger für den Fall einer vollständigen Liberalisierung vor. Diese würden sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag im Jahr belaufen. Näheres wollte die Energieministerin nicht verraten, da sie die Zahlen unter Verschluss halten wolle, wie sie sagte. Sollte aber dereinst ein Stromabkommen mit der EU zustande kommen, will Leuthard die volle Liberalisierung binnen Jahresfrist umsetzen.

Leuthard betonte, dass in der Vernehmlassung zur weiteren Liberalisierung konkrete Bedenken geäußert wurden. Es bestehe die Befürchtung, dass die Wasserkraft noch stärker unter Druck gerate, da die Konsumenten «nur noch auf den Preis schauen».

Lückennbüsser Schweiz

Auch ohne Stromabkommen zeichnete Leuthard für die Schweizer Energieversorger ein düsteres Bild. Die Schaffung eines europäischen Strom-Binnenmarktes sei in der Schweiz für eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Es sei absehbar, dass damit wirtschaftliche Nachteile verbunden seien. Vor allem durch den von der EU forcierten Intraday-Handel, bei dem die Preise am Tag des Verbrauchs festgelegt werden, würden die Schweizer Produzenten ins Hintertreffen geraten, da sie von diesem Handel schleichend ausgeschlossen und zum Lückenbüsser würden.

Leidtragende sei auch hier die Wasserkraft, die ihre Produkte nicht mehr adäquat positionieren könne. Aus Strom-Europa ausgeschlossen würden auch die Betreiber des Höchstspannungsnetzes Swissgrid sowie die Elektrizitätskommission (ElCom), die die Oberaufsicht über die Energieversorger ausübt.

Leuthard bestritt, dass sich der Bundesrat im Nachklang zur Katastrophe von Fukushima veranlasst und eine falsche Energiepolitik aufgelegt habe. Wenn es um die Forschung gehe, bleibe die Schweiz bei der Kernkraft im gleichen Masse engagiert. Man habe hier keinen Franken gespart, sagte sie. Im gleichen Atemzug bestritt sie, dass es in der Schweiz einen Investor gebe, der für ein neues AKW 12 bis 13 Milliarden Franken in die Hand nehmen würde. Zudem gibt es nach ihrer Ansicht in den nächsten 20 bis 30 Jahren in der Kernenergie keine Innovation.

Die Warnung von Swissgrid, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz in diesem Winter nicht mehr gewährleistet sei, unterstrich sie und verwies darauf, dass die Schweiz bei ihrem Energiebedarf zu 70 Prozent vom Ausland abhängig sei.

Florian Ermacora von der Generaldirektion Energie in der Europäischen Kommission bestätigte, dass ein Stromabkommen mit der Schweiz nicht auf der politischen Agenda stehe. Gespräche fänden nur auf technischer Ebene statt. Einziger Trost für die 400 Vertreter aus Wirtschaft und Politik: Der Europäische Strommarkt bildet weiterhin ein Tohuwabohu. Jedes Land hat weiterhin das Recht auf seine eigene Energiepolitik. Deutschland bleibt bei seinen milliardenschweren Investitionen in erneuerbare Energie, Grossbritannien setzt verstärkt auf die Kernenergie, während Polen sich ganz auf Kohle fokussiert. Gemäss Ermacora haben diese Alleingänge dazu geführt, dass Österreich billigen grünen Strom aus Deutschland bezieht und Frankreich mit der Schaffung von Kapazitätsmärkten die Versorgungssicherheit seiner Nachbarstaaten finanziert.

«Feuer mit Feuer bekämpfen»
Mit einer geplanten Energie-Union will die EU Einheitlichkeit schaffen und den liberalisierten Binnenmarkt mit allgemeinen gültigen Standards versehen. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energie 50 Prozent erreichen. Dadurch werde der innereuropäische Intraday-Handel wichtiger. Erzeuger erneuerbarer Energie würden dann keine Nische mehr bedienen und könnten nicht mehr weiter auf Beihilfe zählen, da sonst der Markt verzerrt würde. Ganz bewusst will die EU auch die Nachfrage flexibler machen und Preispreisen zulassen.

Angesichts der sich verschärfenden Situation für die Schweizer Elektrizitätsunternehmen verlangte VSE-Präsident Kurt Rohrbach Hilfe für die Schweizer Wasserkraft. «Es geht wohl kaum anders, als Feuer mit Feuer zu bekämpfen», sagte er. Als Befechter eines möglichst offenen Marktes in der Energieversorgung falle ihm dies zwar nicht leicht. Aber es gehe kaum anders mit Blick auf die milliardenschweren «fast flächenbrandartigen» Marktverzerrungen im Rahmen der Energiestrategie 2050. Nach Ansicht von Rohrbach ist der Umgang mit der Wasserkraft und die Lösung, die dafür gefunden werden müsse, «zu einem der grössten Prüfsteine für den Erfolg der Energiestrategie geworden».

Insbesondere gehe es darum, die Wasserkraft als systemrelevante Säule der Versorgung zu stabilisieren. Zumindest kurzfristig sollten sich Instandhaltung und Ersatzinvestitionen lohnen, sagte er. Dies reiche jedoch nicht, damit die Wasserkraft im Rahmen der Energiestrategie 2050 Bandenergie liefern könne und als Speicher für Energie aus Fotovoltaik und Wind dienen könne. Es brauche deshalb Regeln, «welche alle Energieträger verpflichten, einen Beitrag ans Gesamtsystem zu leisten».

Rohrbach zweifelte aber explizit an, dass die Schweiz auch in Zukunft in einem Vergleich zwischen 130 Ländern im Zusammenspiel von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Energie und Umweltschutz Weltspitze bleibe.



Einheimische Produzenten unter Druck. Bundesrätin Doris Leuthard will keine Wahlfreiheit für kleine Strombezügler. Foto: Basler

Einheimische Produzenten unter Druck. Bundesrätin Doris Leuthard will keine Wahlfreiheit für kleine Strombezügler. Foto: Basler

Leuthard bestritt, dass sich der Bundesrat im Nachklang zur Katastrophe von Fukushima veranlasst und eine falsche Energiepolitik aufgelegt habe. Wenn es um die Forschung gehe, bleibe die Schweiz bei der Kernkraft im gleichen Masse engagiert. Man habe hier keinen Franken gespart, sagte sie. Im gleichen Atemzug bestritt sie, dass es in der Schweiz einen Investor gebe, der für ein neues AKW 12 bis 13 Milliarden Franken in die Hand nehmen würde. Zudem gibt es nach ihrer Ansicht in den nächsten 20 bis 30 Jahren in der Kernenergie keine Innovation.

Die Warnung von Swissgrid, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz in diesem Winter nicht mehr gewährleistet sei, unterstrich sie und verwies darauf, dass die Schweiz bei ihrem Energiebedarf zu 70 Prozent vom Ausland abhängig sei.

Florian Ermacora von der Generaldirektion Energie in der Europäischen Kommission bestätigte, dass ein Stromabkommen mit der Schweiz nicht auf der politischen Agenda stehe. Gespräche fänden nur auf technischer Ebene statt. Einziger Trost für die 400 Vertreter aus Wirtschaft und Politik: Der Europäische Strommarkt bildet weiterhin ein Tohuwabohu. Jedes Land hat weiterhin das Recht auf seine eigene Energiepolitik. Deutschland bleibt bei seinen milliardenschweren Investitionen in erneuerbare Energie, Grossbritannien setzt verstärkt auf die Kernenergie, während Polen sich ganz auf Kohle fokussiert. Gemäss Ermacora haben diese Alleingänge dazu geführt, dass Österreich billigen grünen Strom aus Deutschland bezieht und Frankreich mit der Schaffung von Kapazitätsmärkten die Versorgungssicherheit seiner Nachbarstaaten finanziert.

«Feuer mit Feuer bekämpfen»
Mit einer geplanten Energie-Union will die EU Einheitlichkeit schaffen und den liberalisierten Binnenmarkt mit allgemeinen gültigen Standards versehen. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energie 50 Prozent erreichen. Dadurch werde der innereuropäische Intraday-Handel wichtiger. Erzeuger erneuerbarer Energie würden dann keine Nische mehr bedienen und könnten nicht mehr weiter auf Beihilfe zählen, da sonst der Markt verzerrt würde. Ganz bewusst will die EU auch die Nachfrage flexibler machen und Preispreisen zulassen.

Angesichts der sich verschärfenden Situation für die Schweizer Elektrizitätsunternehmen verlangte VSE-Präsident Kurt Rohrbach Hilfe für die Schweizer Wasserkraft. «Es geht wohl kaum anders, als Feuer mit Feuer zu bekämpfen», sagte er. Als Befechter eines möglichst offenen Marktes in der Energieversorgung falle ihm dies zwar nicht leicht. Aber es gehe kaum anders mit Blick auf die milliardenschweren «fast flächenbrandartigen» Marktverzerrungen im Rahmen der Energiestrategie 2050. Nach Ansicht von Rohrbach ist der Umgang mit der Wasserkraft und die Lösung, die dafür gefunden werden müsse, «zu einem der grössten Prüfsteine für den Erfolg der Energiestrategie geworden».

Insbesondere gehe es darum, die Wasserkraft als systemrelevante Säule der Versorgung zu stabilisieren. Zumindest kurzfristig sollten sich Instandhaltung und Ersatzinvestitionen lohnen, sagte er. Dies reiche jedoch nicht, damit die Wasserkraft im Rahmen der Energiestrategie 2050 Bandenergie liefern könne und als Speicher für Energie aus Fotovoltaik und Wind dienen könne. Es brauche deshalb Regeln, «welche alle Energieträger verpflichten, einen Beitrag ans Gesamtsystem zu leisten».

Rohrbach zweifelte aber explizit an, dass die Schweiz auch in Zukunft in einem Vergleich zwischen 130 Ländern im Zusammenspiel von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Energie und Umweltschutz Weltspitze bleibe.

Insbesondere gehe es darum, die Wasserkraft als systemrelevante Säule der Versorgung zu stabilisieren. Zumindest kurzfristig sollten sich Instandhaltung und Ersatzinvestitionen lohnen, sagte er. Dies reiche jedoch nicht, damit die Wasserkraft im Rahmen der Energiestrategie 2050 Bandenergie liefern könne und als Speicher für Energie aus Fotovoltaik und Wind dienen könne. Es brauche deshalb Regeln, «welche alle Energieträger verpflichten, einen Beitrag ans Gesamtsystem zu leisten».

Kursrutsch an Chinas Börsen

Schwacher Wochenstart

Shanghai. Nach den schweren Kursrückbrüchen der vergangenen Woche sind Chinas Aktienmärkte gestern noch tiefer in den Keller gerutscht. Die Sorgen um den Zustand der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt, die Schwäche der chinesischen Währung und wachsende Probleme der börsennotierten Unternehmen liessen viele Anleger in Panik verfallen. Auch die Bemühungen der Zentralbank, die Währung zu stützen, konnten Investoren nicht besänftigen. Der Shanghai Composite Index sackte um 5,33 Prozent ab, der Shenzhen Component Index verlor sogar 6,12 Prozent. Der ChiNext Index für Technologiewerte, der dem amerikanischen Nasdaq ähnelt, lag mit 6,34 Prozent im Minus. Trotz massiven staatlichen Interventionen dauert der Kursrückgang seit vergangener Woche an.

Der Börseneinbruch zieht die Aktienmärkte weltweit ins Minus. Die Sorgen um China und fallende Ölpreise veranlassten Anleger an den asiatischen Märkten dazu, Papiere in grossem Umfang abzustossen. Der Hang-Seng-Index in Hongkong verlor 2,76 Prozent. Die Börse in Japan blieb gestern wegen eines Feiertags geschlossen.

«Der Markt geht insgesamt nach unten», sagte die unabhängige chinesische Analystin Ye Tan in Peking. «Der Grund ist einfach Panik – keine bestimmte Nachricht oder Politik.» Es sei ein schwacher Markt, der ungeachtet der staatlichen Interventionen weiter zurückgehen werde, SDA

Fertig mit Steuervorteilen

EU bittet Belgien zur Kasse

Von Detlef Fechter, Brüssel

Die Untersuchungen zweifelhafter Steuereals durch die EU-Kommission konzentrieren sich längst nicht mehr auf US-Konzerne wie Apple, Amazon, McDonald's und Starbucks. Vielmehr sind längst auch zahlreiche europäische Unternehmen wie etwa der Brauereieriese AB Inbev und der Chemiekonzern BASF ins Blickfeld geraten, weil sie zu den Nutzniessern von steuerlicher Vorzugsbehandlung zählen. Europas Wettbewerbsbehörden haben gestern Steuerpraktiken in Belgien für unzulässig erklärt, die mindestens 35 international tätigen Unternehmen – «grösstenteils aus der EU» – unläuter Steuervorteile von insgesamt 700 Millionen Euro brachten. Die EU-Kommission verlangt von Belgien nun die Nachforderung dieser Beträge von den Unternehmen.

Belgien hat viele Jahre lang internationalen Unternehmen erlaubt, Gewinne, die konzernintern der belgischen Tochtergesellschaft oder dem belgischen Mutterhaus zugeordnet wurden, in zwei Kategorien aufzuteilen. Einerseits mussten sie einen Quasi-Grundgewinn ausweisen, der dem Ertrag entsprach, den hypothetisch jede vergleichbare eigenständige Firma gemacht hätte. Dieser Profit musste besteuert werden. Andererseits wurde ein Teil des Gelds, das das Unternehmen verdient hatte, dem sogenannten Mehrgewinn zugerechnet – sozusagen der Profit, den die Firma nur machen konnte, weil sie gross genug war, um Synergien und Skalenerträge zu heben.

Möglicher Einspruch

Dieser «Mehrgewinn» musste nicht versteuert werden. Das führte dazu, dass Konzerne in Belgien Steuerabschläge von 60 Prozent oder sogar noch höher erhielten. Diese Beträge müssen sie nun nachzahlen. Die belgische Regierung erklärte, dass eine solche Nachbesteuerung «ausgesprochen komplex» sei. Sie schloss nicht aus, Einspruch zu erheben.

Unter den 35 Konzernen, die von der spezifischen belgischen Regelung profitiert haben, stammt der überwiegende Teil aus den Ländern der EU. Dem Vernehmen nach gehören dazu unter anderem der schwedische Industriekonzern Atlas Copco, die britische Mineralölgesellschaft BP und die belgische Telefongesellschaft Belgacom.

Arbeitskampf nur nach Ansage

David Camerons Regierung will den britischen Gewerkschaften zusätzliche Fesseln anlegen

Von Sebastian Borger, London

Gewerkschaften haben es nicht leicht auf der Insel. Die Zahl der Mitglieder ist von einst stolzen 13 Millionen auf wenig mehr als sechs Millionen geschrumpft, der Nachwuchs bleibt aus, die wenigen Streiks führen selten zum Erfolg. Dennoch versprochen die Konservativen vor der letzten Wahl eine Verschärfung der einschlägigen Regeln: Streiks sollen erschwert werden, Arbeitgebern würde es leichter gemacht, Zeitarbeitskräfte anstelle streikender Angestellter einzusetzen. Der diese Woche im Oberhaus behandelte Gesetzesentwurf stellt einen «börsartigen Angriff» auf ihre Bewegung dar, so die Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Frances O'Grady. «Damit werden die Beziehungen am Arbeitsplatz vergiftet.»

Während in den vergangenen Jahren auf der Insel durchschnittlich 130 Millionen Arbeitstage wegen Krankheit verloren gingen, lag die Zahl der Streiktage stets unter einer Million, zuletzt bei 788 000 – viel weniger als in den 1980er-Jahren, als bis zu sechs Millionen Arbeitstage Streiks zum Opfer fielen. In der Privatwirtschaft spielen

Gewerkschaften kaum noch eine Rolle, glaubt Professor Alex Bryson vom Thinktank Nieser. So gab es in der verarbeitenden Industrie mit immerhin 2,5 Millionen Arbeitskräften 2014 gerade mal zwölf Streiks, 7600 Arbeitstage gingen verloren. Allerdings bleiben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, in Schulen und beim nationalen Gesundheitssystem NHS ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor.

Zersplitterte Organisation

Von Klassenkampf, gar von gewalttätigem Umsturz war wenig die Rede unter den Gewerkschaftsführern der ersten Stunde, die 1868 den Trade Union Congress (TUC) gründeten. In der Folgezeit versäumdete es das britische Establishment, der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm der Staat die kärgliche Grundversorgung der Bürger. Bis dahin hatte sich die Arbeiterbewegung radikalisiert, in vielen Betrieben waren die Gewerkschaftsfunktionäre ähnlich mächtig wie das Management.

In den 1970er-Jahren stürzten Streiks der Bergbaugewerkschaft nach einander eine konservative und eine

Labour-Regierung. In vielen Branchen, nicht zuletzt in der Druckindustrie, erzwangen Knebelverträge unrentable Abläufe. Grossbritanniens Wirtschaft litt an Lähmungserscheinungen. Das änderte sich unter Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990). Die «eisernen Lady» privatisierte Staatsunternehmen und beschritt die Macht der Gewerkschaften. Unter anderem wurden erstmals Urabstimmungen Voraussetzung für den Arbeitskampf. Thatchers Tory-Regierung stand 1984/1985 einen 15-monatigen Bergarbeiterstreik durch, der den militanten Kumpels das Genick brach. Die liberalste Arbeitsgesetzgebung in Westeuropa sorgte für neue Jobs – auf Kosten einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft.

Die Gewerkschaften orientierten sich um und praktizierten seither eine Art von Sozialpartnerschaft, die aber nicht wie beispielsweise in Deutschland institutionalisiert ist. Problematisch bleibt, dass es keine branchenweiten Einheitsgewerkschaften gibt: Dem TUC gehören 54 Einzelorganisationen mit zuletzt 6,2 Millionen Mitgliedern an.

Dass die konservative Regierung den Gewerkschaften zusätzliche Fes-

seln anlegen will, begründet Wirtschaftsminister Sadschid Dschawid mit der Balance: «Wir schützen die Rechte von jenen, die am schlimmsten von Streiks betroffen sind.» So sollen Urabstimmungen künftig nur gültig sein, wenn die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmt. Zu Recht weisen die Gewerkschaften darauf hin, dass demnach die meisten Kommunal- und Europawahlen der vergangenen Jahrzehnte ungültig wären. Zwischen Urabstimmung und Streik sollen statt bisher sieben zukünftig vierzehn Tage liegen. In strategisch wichtigen Branchen wie Feuerwehr, Gesundheitswesen und öffentlicher Verkehr wird die Streikschwelle noch höher liegen: Dort müssen 40 Prozent aller Angestellten zustimmen.

Für Kopfschütteln sorgt vor allem eine Regel, wonach namentlich benannte Funktionäre vierzehn Tage vor einem Streik der Polizei Auskunft über geplante Demos sowie Aktivitäten auf sozialen Netzwerken geben müssen. «Wir sind hier nicht in Francos Spanien, sondern im Grossbritannien Elizabeth II.», spottet der konservative Hinterbänkler David Davis mit Hinweis auf den 1975 verstorbenen Diktator.